Regulationstheorie und Krise des Fordismus

Autor(en): **Atzmüller, Roland**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 46

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652068

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Roland Atzmüller

Regulationstheorie und Krise des Fordismus

Im Jahr 2001 fand in Wien die internationale Tagung *Fit für den Postfordismus?* statt, die von Ulrich Brand und Werner Raza, die auch die Herausgeber des hier zu besprechenden Sammelbandes* sind, organisiert worden war. Die ReferentInnen und TeilnehmerInnen dieser Tagung wurden mit der Frage konfrontiert, ob die regulationstheoretischen Konzepte überhaupt noch tragfähig sind. Diese hatten sich zwar für eine kritische Analyse des Fordismus, also jener Periode kapitalistischer Entwicklung, die mit dem Ende der ‚immerwährenden' ökonomischen Prosperität in den 70er Jahren in die Krise geraten war, als sehr fruchtbar erwiesen. Doch schon die Doppeldeutigkeit des Titels der Tagung bzw. des Buches signalisiert, dass an den theoretisch-politischen Perspektiven des Regulationsansatzes, insbesondere mit Blick auf die gesellschaftskritische Analyse- und Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen des Postfordismus, Zweifel angebracht scheinen.

Die Herausgeber wollen zwar nicht soweit gehen wie der ebenfalls in diesem Band vertretene Bernd Röttger, der in einem Aufsatz aus dem Jahr 2001 die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange angekommen sah (Röttger 2001). Die Zweifel an der weiteren Entwicklung des regulationstheoretischen Ansatzes manifestieren sich jedoch im inhaltlichen Ziel der Tagung bzw. des Sammelbandes, das auf die permanente Notwendigkeit „einer Reflexion aktueller Veränderungen", welche auf die Theorie und ihre Begriffe rückwirken müssen, verweist. „Dies", so die Herausgeber, „gilt umso mehr für eine Kapitalismustheorie, die sich theoretisch-konzeptionell wie zeitdiagnostisch auf der Höhe der Zeit befinden will." (S. 8). Ja mehr noch, um den theoretisch-politischen Perspektiven des Regulationsansatzes nachzugehen, müsse bedacht werden, inwieweit weiterhin ein herrschaftskritisches und emanzipatives Potenzial in ihm angelegt ist und fruchtbar gemacht werden kann (S. 9).

Der rebellische Nachwuchs Althussers, wie Alain Lipietz (1992) die RegulationistInnen einmal bezeichnete, formierte sich als Antwort auf die ‚Krise des Marxismus', die von Louis Althusser in den 70er Jahren konstatiert worden war. Inzwischen aber ist aus der Rebellion eine veritable Verleugnung der Väter geworden, wofür eine Reihe theoretischer Reorientierungen zentraler Protagonisten wie etwa Robert Boyer oder Michel Aglietta stehen. Diese haben sich den institutionalistischen und evolutionstheoretischen Wirtschaftswissenschaften zugewandt und sehen ihre Rolle als Berater von Mitte-Links-Regierungsparteien (ausführlich dazu Joachim Becker). Bob Jessop bezeichnet daher in seinem Beitrag den Regulationsansatz als „eine eigenständige Richtung der evolutionsökonomischen und institutionalistischen Wirtschaftswissenschaften, der (zumindest in frühen Arbeiten) von der marxistischen politischen Ökonomie beeinflusst war." (S. 90)

Der Regulationsansatz wurde seit den 80er Jahren international rezipiert und um vielfältige Themen und Auseinandersetzungen erweitert. Es ist festzuhalten, dass die Begrifflichkeit der Regulationstheorie im Laufe der Zeit viele sozialwissenschaftliche Diskurse, die sich einen gesellschaftskritischen Anstrich geben wollten, durchdrang, ohne dass dem immer eine vertiefte Reflexion dieses Ansatzes zugrundegelegt wurde.

Die für die deutschsprachige Rezeption und Erweiterung der Regulationstheorie zentralen Themensetzungen sind im vorliegenden Band präsent bzw. werden in einer Reihe von Beiträgen reflektiert.Wie Joachim Becker in seinem Aufsatz über die Entwicklungen des regulationistischen Ansatzes „Beiderseits des Rheins" (S. 58) betont, ist für die systematische deutschsprachige Rezeption insbesondere auf die Arbeiten Joachim Hirschs (vgl. exemplarisch 1990) und seines Umfelds seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu verweisen, die vor allem auf eine staats- und hegemonietheoretische Erweiterung abzielten. Bob Jessop versuchte im angelsächsischen Raum mit seinen Arbeiten ebenfalls dieses zentrale Defizit des Ansatzes, das in der Konzeptualisierung des kapitalistischen Staates (2002) und den Wandlungen seiner Form und Funktion in verschiedenen Phasen des Kapitalismus gesehen wurde, zu überwinden. Beide sind mit einem Beitrag im vorliegenden Band vertreten.

Außerdem werden neben Aufsätzen zur regulationstheoretischen Analyse sogenannter peripherer Gesellschaften und der zunehmend globalisierten Akkumulation im kapitalistischen Weltsystem in diesem Sammelband Versuche vorgestellt, regulationistische Konzeptionen für ökologische Fragestellungen fruchtbar zu machen. So diskutieren Christof Görg und Werner Raza in ihren Beiträgen das Konzept der gesellschaftlichen Regulation der Naturverhältnisse. Die Aufsätze geben daher insgesamt einen guten Überblick über einige Entwicklungen, die der Regulationsansatz genommen hat. Sie enthüllen jedoch auch „blinde Flecken" dieser Analysen wie auch ihrer Rezeption. So heben die Herausgeber hervor, dass Aufsätze, die den Regulationsansatz aus geschlechter- und rassismuskritischer Perspektive überprüfen und auf seine Anwendbarkeit untersuchen würden, in diesem Sammelband fehlen.

Gerade wenn der gesellschaftskritische Gehalt der Regulationstheorie diskutiert werden soll, wäre es wichtig, sich ihrer Wurzeln im sogenannten ‚strukturalen Marxismus' zu besinnen, von dem sie ja ursprünglich stark beeinflusst war. Obwohl beispielsweise die staatstheoretischen Arbeiten Nicos Poulantzas (2002) für die regulationstheoretischen Auseinandersetzungen um den kapitalistischen Staat bei Bob Jessop oder Joachim Hirsch (2002) von zentraler Bedeutung waren, wurden m.E. wesentliche Impulse dieser Konzeption in der regulationistischen Debatte wenig diskutiert. So hatte Poulantzas etwa auf den Zusammenhang zwischen Veränderungen der kapitalistischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse auf der einen und des Staates bzw. der Hegemoniebildung auf der anderen Seite verwiesen, eine Fragestellung, die ausser im Aufsatz von Bernd Röttger (S. 18-42) im vorliegenden Band nicht angesprochen wird.

Das ursprüngliche regulationistische Programm bestand darin, der Frage nachzugehen, wie die als fundamental widersprüchlich, instabil und krisenhaft aufgefaßte kapitalistische Produktionsweise sich über längere Perioden von Prosperität stabilisieren und reproduzieren kann, wenn doch die allgemeinen Bedingungen dieser Reproduktion nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Begriff der Regulation(sweise) sollte konzeptuell erfasst werden, wie der Kapitalismus, bzw. ein historisch und geographisch spezifisches Regime der Akkumulation, trotz oder wegen seiner Widersprüche sich erhalten kann. In einer gewissermaßen kanonischen Fassung, die auch in den hier diskutierten Aufsätzen immer wieder ihr Echo findet, definierte Alain Lipietz (1985), ein zentraler Vertreter der sogenannten Pariser Schule der Regulation, eine Regulationsweise als „(...) Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus." (Lipietz 1985,121)

Eine Phase langanhaltender Prosperität sei dann möglich, wenn eine historisch spezifische Regulationsweise und ein Akkumulationsregime – so das zweite fundamentale Konzept des Ansatzes – korrespondieren, sodass stabile Entwicklungspfade kapitalistischer Gesellschaftsformationen möglich werden. Nach Lipietz ist ein Akkumulationsregime zu verstehen als „ein Modus systematischer Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (...) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (...) herstellt" (Lipietz 1985, 120).

Wesentlich ist nun, dass eine Regulationsweise nicht als Überbau aufgefasst wird, der ex post zum Akkumulationsregime hinzutritt, um die Imperative des letzteren zu vollziehen. Vielmehr ist hervorzuheben, dass die Regulation selbst als Funktion und Bedingung der Akkumulation aufgefasst wird. Alex Demirovic und Bernd Röttger betonen in ihren Beiträgen, dass genau darin eine der theoretischen Erneuerungen bestand, die der Regulationsansatz in polit-ökonomischen und marxistischen Ansätzen zu leisten vermochte. Mehr noch: Wird die Regulationsweise als Moment der kapitalistischen Akkumulation verstanden, so bedeutet dies nach Bob Jessop, dass das Kapital als soziales Verhältnis nicht vor seiner Regulation „existiere", sondern es vielmehr erst durch diese „Form und Substanz" erhalte. Akkumulation und Regulation bilden daher in jeder Phase des Kapitalismus eine widersprüchliche und stets prekäre Einheit, welche die konkrete Kritik historisch spezifischer kapitalistischer Gesellschaftsformationen entschlüsseln müsste, um die Möglichkeiten sozialer Kämpfe genauer sehen und bestimmen zu können.

Ist die Korrespondenz zwischen Regulationsweise und Akkumulationsregime nicht mehr gegeben, tritt eine Krise der kapitalistischen Vergesell-

schaftung ein. Insofern diese nicht mehr in und durch die bestehenden regulatorischen Instanzen gelöst werden kann, ist von einer Krise der Regulation und damit eines historisch spezifischen Entwicklungsmodells des Kapitalismus zu reden. In dieser Krise treten zwar die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise mehr oder weniger offen zutage, ihre Form wird jedoch auch durch die spezifischen Widersprüche des an seine Grenzen gelangten Entwicklungsmodells geprägt.

Erst wenn es nach einer Periode sozialer Kämpfe, der konflikthaften Rekonfiguration der Klassen- und anderer gesellschaftlicher Verhältnisse zu einer umfassenden Adaptierung und Umgestaltung der Akkumulation wie auch der regulationistischen Instanzen gekommen ist und zwischen diesen Dimensionen kapitalistischer Gesellschaftsformationen wieder eine gewisse Kohärenz besteht, ist mit einer neuen Phase der Prosperität und des kapitalistischen Aufschwungs zu rechnen.

Die oben kurz skizzierten Grundannahmen des Regulationsansatzes wurden in der Regel an der Phase des Fordismus und dessen Krise seit den 1970er Jahren untersucht. Da unbestimmt bleiben musste, was dieser Krise folgt, wurde in der Debatte schließlich der Begriff *Postfordismus* geprägt. Das fordistische Entwicklungsmodell beruhte vor allem auf tayloristisch organisierter Fließbandproduktion einerseits und – korrespondierend dazu – Massenkonsumtion standardisierter Produkte andererseits. Im regulatorischen Kompromiß des Fordismus konnte durch den relativen Ausgleich zwischen den Massenorganisationen des Kapitals und der ArbeiterInnenschaft (Sozialpartnerschaft, Korporatismus) der grundlegende Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital reproduzierbar gemacht werden. Wie Alex Demirovic im vorliegenden Band argumentiert (S. 46), wäre es aus regulationistischer Perspektive jedoch verkürzt, dies einfach als eine Stillegung des Klassenkampfes oder Integration der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung in die herrschenden Verhältnisse zu verstehen. Vielmehr seien die sozialen Kämpfe selbst Teil der Reproduktion des Kapitals geworden. „Dies stellt sich der zumeist eher implizit in Anspruch genommenen Annahme entgegen, es gebe auf der einen Seite den Klassenkampf, der zumeist als politische Aktion vorgestellt wird, während die alltäglichen, häufig mikrosoziologischen Vorgänge durch das Wahrnehmungsraster hindurchfallen." (ebd.)

Das Spezifische der fordistischen Regulationsweise ließ daher den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital selbst zu einer Funktion der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf permanent expandierendem Niveau werden, indem sie ihm eine gewisse Richtung zu geben vermochte. Der politische Regulationsmodus sicherte die Akzeptanz der dominanten Arbeitsorganisation durch Massenkonsum, soziale Sicherheit und relativ stabile Beschäftigungsverhältnisse. Zentrale regulatorische Instanzen, welche diese Korrespondenz herstellten, sind daher im Wohlfahrtsstaat zu sehen, der durch kollektive Sicherungssysteme individuelle Risiken ausgleichen sollte, und keynesianischen Nachfragepolitiken, welche sich an

Vollbeschäftigung und staatlicher Intervention in die kapitalistische Ökonomie zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen orientierten. Demirovic betont, dass Produktivitätssteigerungen (zumindest für einige Zeit) nicht gegen die Lohnabhängigen durchgesetzt werden mussten, sondern sich auf sie stützen konnten. Ja mehr noch, durch ihren Kampf für höhere Löhne, geringere Arbeitszeiten und besseren sozialen Schutz wurden die Märkte reorganisiert und die Einzelkapitalien gezwungen, durch die permanente Steigerung der Produktivität und die Einführung neuer Produkte und weniger durch die Reduktion der Lohnkosten (kurzfristige) Vorteile gegenüber Konkurrenten zu erlangen. Demirovic spielt hier zweifelsohne auf hegemoniale Elemente des ‚sozialdemokratischen Staates' an, wie sie etwa in Schweden aber auch in anderen Staaten im Konzept der solidarischen Lohnpolitik und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates die Entwicklung bis in die 1970er und 80er Jahre prägten.

Das regulationistische Narrativ und seine Schwierigkeit, sich als gesellschaftskritischer Ansatz fit für den Postfordismus zu präsentieren, sind jedoch nicht ohne das Seitenstück zur Analyse der Prosperitätsphase zu verstehen. Die Krisenerscheinungen der 70er Jahre und die sozialen Konflikte und Dynamiken dieser Zeit, die im Regulationsansatz als Krise des Fordismus bezeichnet wurden, formen die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Ansatzes und seiner theoriepolitischen Interventionen. Anfang der 70er Jahre gerät der fordistische Kompromiß zunehmend unter Druck, als Protestbewegungen und die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (Feminismus, Ökologiebewegung) entstehen und es zu einem Aufflammen von ArbeiterInnenmilitanz in einer Reihe von Staaten kommt. Die Krise erfaßte auch die den Fordismus tragenden Strukturen und Institutionen. Das fordistische Geflecht aus Parteien und Interessenverbänden erwies sich als unfähig, „die neuen vom Fordismus selbst produzierten Interessen und Wertvorstellungen zu berücksichtigen und in Politik umzusetzen" (Hirsch 1990, ebd.).

Der fordistischen Ideologie lag das Versprechen zugrunde, dass innerhalb der nationalstaatlichen Regulation der Produktions- und Familienverhältnisse niemand prinzipiell von der Verteilung der Früchte des Fortschritts ausgeschlossen wird, was bis in die 60er Jahre die Hoffnung auf eine friedliche und demokratische Entwicklung, in welcher in Übereinstimmung mit dem Fortschrittsglauben dieser Zeit auf evolutionäre Weise der Sozialismus den Kapitalismus ablösen würde, stützte. Daher sprechen Regulationisten vom reformerischen, ja sozialdemokratischen Charakter aller – auch der bürgerlichen – Parteien dieser Zeit.

Doch die sozialen Kämpfe seit Ende der 60er Jahre zeigten, dass die Realität des Fordismus anders aussah. Im Zentrum der Regulationsweise stand der weiße Mittelschichtmann (Arbeiteraristokratie), der die Früchte des Massenkonsums genießen konnte. Frauen, MigrantInnen, marginalisierte proletarische Schichten u.a.m. blieben – unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Versprechens der Befreiung durch Konsum, welcher nur

durch fleißige Arbeit zu erreichen sei – tendenziell ausgeschlossen. Sie waren als unbezahlte Arbeitskräfte im Familienhaushalt, in niedrigbezahlter Heimarbeit oder als NiedriglohnarbeiterInnen in der Produktion grundlegend für die fordistische Prosperität, wie etwa feministische Kritikerinnen der Regulationstheorie gegen die These vom Fordismus als Goldenem Zeitalter immer wieder hervorgehoben haben.

Der 'Erfolg', den die Regulationstheorie in den Auseinandersetzungen um die Deutung der sozialen Entwicklungen seit den 70ern verzeichnen konnte, ist eng mit der Kämpfen um die Durchsetzung der neoliberalen Hegemonie verbunden. Die begriffliche Struktur dieses Ansatzes ermöglichte es in den 80er und zumindest frühen 90er Jahren, die sozialen Kämpfe in der Krise des Fordismus, aber auch den Umbau des Kapitalismus unter neoliberalen und neokonservativen Vorzeichen zu verstehen. Folgerichtig betonte Joachim Hirsch (1990) in seinen ersten Auseinandersetzungen mit der Regulationstheorie die zentrale Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen. In den Arbeiten von Bob Jessop (2002) wiederum wurde der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt erkennbar gemacht, das, obwohl aus den Widersprüchen des Fordismus entstanden, darauf abzielte, die widersprüchliche Einheit aus Regulationsweise und Akkumulationsweise des fordistischen Entwicklungsmodells zu zerschlagen. Mit dem Angriff auf den fordistischen Konsens sollte die Krise des Kapitalismus, die in den 70er Jahren nicht zuletzt durch widersprüchliche Entwicklungen, die vom Fordismus selbst eingeleitet worden waren, manifest geworden war, gelöst werden.

Gerade weil in dieser Periode die sozialen Kämpfe der 70er Jahre, aber auch der Widerstand gegen den Neoliberalismus in vielen Staaten über das Ziel, eine neue Kohärenz zwischen Regulation und Akkumulation herzustellen, hinauswiesen, konnte der Regulationsansatz als Erneuerung der Gesellschaftskritik hier intervenieren. Die Durchsetzung einer historisch spezifischen Regulationsweise wurde im Regulationsansatz als Ergebnis sozialer Kämpfe aufgefasst, ihre konkrete Entwicklung sollte jedoch weder aus angenommenen oder tatsächlichen Imperativen des Akkumlationsregimes noch aus dem Verlauf der Klassenkämpfe abgeleitet werden.

Es ist jedoch ein Manko des Ansatzes, das auch im vorliegenden Band angesprochen wird, dass in der Regel die Analyse der Durchsetzung einer Regulationsweise und damit auch der Rolle der sozialen Kämpfe um ihre Konstitution unterblieb (Röttger, S. 26). Gegenstand regulationistischer Arbeiten waren in der Regel die Ergebnisse sozialer Kämpfe in geronnener Form. Die Durchsetzung eines bestimmten Modus der Regulation wurde mit dem Verlegenheitsbegriff der „glücklichen Fundsache" (Lipietz) bezeichnet.

Hinzu kommt, dass der Regulationsbegriff eine grundlegende Ambivalenz aufweist, da er auf der einen Seite auf die fortgesetzte, stabile Reproduktion der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse verweist. Auf der anderen Seite wird eine Regulationsweise jedoch als eine historisch spezifische, auf einem Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital beruhende

Einhegung des Kapitalverhältnisses aufgefasst, das einer ungehinderten Entfaltung der Marktkräfte und des Wertgesetzes entgegengestellt wird.

Obwohl auch letzteres ursprünglich auf die Bedeutung der sozialen Kämpfe und gewisse Erfolge der ArbeiterInnen- und anderer sozialer Bewegungen hinweisen sollte, wurde diese Ambivalenz, wie etwa auch Joachim Becker in seinem Aufsatz betont, zugunsten einer „Stabilitätsoptik" sukzessive aufgelöst. Viele RegulationistInnen stellen daher nicht mehr die Frage, wie soziale Kämpfe unter den sich wandelnden Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung zu einer Überwindung des Kapitalismus beitragen können, sondern richten ihren Blick auf die Bedingungen „gelingender Regulation". Damit aber ist, so Röttger, Regulationstheorie zu einer Variante des „besseren Regierens" geworden, zu einer regulationstheoretischen Fassung der Losung „Anpassung oder Untergehen".

Viele regulationistische Studien reproduzieren daher heute mit veränderten Begrifflichkeiten die Gegenüberstellung von (freiem) Markt und (steuerndem) Staat, der die klassische sozialdemokratische Theoriebildung fordistischer Provenienz antrieb, statt den wechselseitig konstitutiven Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise zum Ausgangspunkt einer kritischen Analyse der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften im Postfordismus zu nehmen. Diese einseitige Auflösung der Ambivalenz des Regulationsbegriffs zeigt daher, warum die dem vorliegenden Band zugrundegelegte Frage, ob der Regulationsansatz „fit für den Postfordismus" sei, berechtigt ist. Unter den Bedingungen weltweiter Märkte, des Bedeutungswandels der Nationalstaaten in der Globalisierung und der Entstehung eines sogenannten finanzgetriebenen Akkumulationsmodells, das nicht zuletzt auf der *Kommodifizierung* der *sozialen Sicherungssysteme durch die Umstellung ihrer Finanzierung* auf Kapitaldekkungsverfahren beruht, stellt sich jedoch die Frage, inwieweit der Regulationsansatz seinen gesellschaftskritischen Gehalt erhalten kann.

Neuere regulationistische Analysen der postfordistischen Veränderungen des Kapitalismus spielen daher auch im vorliegenden Band eine zentrale Rolle. Die politischen Schlussfolgerungen, die RegulationistInnen aus der Entstehung eines finanzgetriebenen Akkumulationsmodells ziehen, fasst Joachim Becker folgendermaßen zusammen: „Hier plädieren Aglietta, Boyer und – etwas überraschend – auch Lipietz in unterschiedlichen Variationen für kapitalisiertes Versicherungsvermögen in ArbeitnehmerInnenhand. So könnte die Kapitalisierung der Sozialversicherung sozial gestaltet und ArbeitnehmerInnen Einfluss auf Fondsverwaltung und damit indirekt auf Unternehmenspolitik gegeben werden (...)." (S. 66)

Auch wenn diese Überlegungen selbst innerhalb des Regulationsansatzes nicht unumstritten sind, zeigt es doch, dass dem hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus nunmehr die Vorstellung einer Kontrolle und Einhegung der (globalisierten) Märkte und Kapitalströme durch neue Formen der Regulation entgegengestellt wird. Wie Vanessa Redak in ihrem Beitrag hervorhebt, werden diese als Projekt für eine neue europäische Linke

präsentiert, und sie zielen auf eine politische Organisierung der Vermögensbesitzer, zu denen durch die Kapitalisierung der Pensionssicherungssysteme große Teile der Lohnabhängigen gemacht werden. „Konkret soll das bedeuten, dass Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer Aktionärsstellung zu Miteigentümern des Kapitals geworden sind, aktiv und vor allem kollektiv die Kontrolle über Rentenfonds (als häufigste Anlageform) übernehmen sollen, um so den Ausgleich zwischen den Interessen der Anleger und denen der Arbeitnehmer zu bestimmen." (S. 78)

Dieser Vorschlag der Altvorderen des Regulationsansatzes mag entfernt an Sozialisierungspläne der reformistischen Hochphase des Fordismus erinnern, wie sie etwa in den 70er Jahren in Schweden im sogenannten Meidner-Plan, der auf eine Sozialisierung der Profite und damit der Investitionsfunktion des Kapitals abzielte, formuliert wurden. Vanessa Redak weist daher zurecht darauf hin, dass diese Debatten um eine Demokratisierung des Aktienbesitzes nicht neu sind, dass aber nicht zuletzt aufgrund der Zerstreuung und Individualisierung der Vermögensbesitzer Zweifel an ihrer demokratischen Organisationsfähigkeit mehr als angebracht erscheinen.

Diese Vorschläge machen außerdem wieder ein zentrales *Defizit* des Regulationsansatzes deutlich, nämlich die Vernachlässigung einer Analyse der sich verändernden Arbeits- und Produktionsverhältnisse (Atzmüller/ Schwarz 2003) und der damit verbundenen Rekonfiguration der gesellschaftlichen Klassen. Der Pensionsfondskapitalismus und die Ausdehnung des Vermögensbesitzes im finanzgetriebenen Akkumulationsregime schafft neue Polarisierungen zwischen Lohnabhängigen, die aufgrund gesicherter Beschäftigungsverhältnisse sich diese Formen der Alterssicherung leisten können, und solchen, die aufgrund zunehmend prekärer und atypischer Arbeitsverhältnisse oder aufgrund rassistischer und geschlechtsspezifischer Ausschließungen dies nicht können.

Denkt man die Zweifel am gesellschaftskritischen und emanzipativen Gehalt des Regulationsansatzes, die im vorliegenden Band geäußert werden zu Ende, so wird offensichtlich, dass dieser Ansatz ohne den historischen Kontext seiner Entstehung, für den die vorliegenden Begrifflichkeiten einen Interpretationsrahmen abgeben sollten, nicht zu verstehen ist. Der Regulationsansatz konnte die sozialen Kämpfe in der Krise des Fordismus verstehen helfen. Unter den veränderten Bedingungen einer nachhaltigen neoliberalen Hegemonie, die nach der Zerschlagung der fordistischen Einheit von Regulation und Akkumulation auf einen grundlegenden Umbau der Arbeits- und Produktionsverhältnisse und ihrer regulatorischen wie staatlichen Einbettung abzielt, verliert die regulationistische Begrifflichkeit tatsächlich ihren erkenntnisleitenden und kritischen Gehalt. Durch die einseitige Auflösung der Ambivalenz des Regulationsbegriffes entsteht eine rückwärts gewandte Nostalgie der Goldenen Periode des Fordismus, in der Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Mitbestimmung für einen gedeihlichen „Fortschritt" gesorgt hätten.

Nur wenn es gelingt, die Analyse der postfordistischen Veränderungen der Arbeits- und Reproduktionsverhältnisse an ein praktisches Konzept der

sozialen Kämpfe rückzubinden, kann der ursprüngliche kritische Impuls der Regulationstheorie wiederaufgenommen und für eine kritische Gesellschaftstheorie, die fit für den Postfordismus wäre, nutzbar gemacht werden. Das vorliegende Buch von Werner Raza und Ulrich Brand bietet zweifelsohne vielfältige Anregungen dazu.

* Falls nicht anders angegeben, alle Zitate und Seitenangaben aus: *Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus – Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes.* 331 S., 24,80 Euro, Westfälisches Dampfboot, Münster, 2003.

Literatur

Atzmüller, Roland / Schwarz, Robert, 2003: Flexible Innovationsfähigkeit. Qualifizierungspolitik und die Veränderung von Staatlichkeit – Moment postfordistischer Hegemonie. In: Kurswechsel Heft 3, Wien

Hirsch, Joachim, 1990: Kapitalismus ohne Alternative. Hamburg

Hirsch, Joachim, 2002: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. Hamburg

Jessop, Bob, 2002: The Future of the Capitalist State. Cambridge

Lipietz, Alain, 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der Regulation. In: PROKLA 58, Münster

Lipietz, Alain, 1992: Vom Althusserismus zur ‚Theorie der Regulation'. In: Demirovic, Alex / Krebs, Hans-Peter / Sablowski, Thomas (Hg.), Hegemonie und Staat – Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster

Röttger, Bernd, 2001: New Economy – Old Theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange? In: iz3w – Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 254 (download von Sozialistische Positionen – Beiträge zu Politik, Kultur und Gesellschaft: www.sopos.org/aufsaetze/3b61aaae86a58/1.phtml)

Olympe

Heft 19: Dispersion – Kunstpraktiken und ihre Vernetzungen



Die bildende Kunst als Diskursfaktor und Handlungsraum wird für feministische Anliegen in allen gesellschaftlich relevanten Themenfeldern genutzt. Wie zeitgenössische Kunstpraktiken andere Wissensgebiete, z.B. Stadtplanung oder globale Migration, infiltrieren, zeigen die Beiträge von Künstlerinnen, Kuratorinnen und Kunstwissenschaftlerinnen.

Zu beziehen bei: Olympe, Gemeindestr. 62, 8032 Zürich, Fax 01 252 86 30, Bestellungen@olympeheft.ch
Einzelheft Fr. 21.– (zzgl. Versand) / Abonnement Fr. 40.– (Pro 2 Hefte inkl. Versand)